

Stadtrat

Bericht und Antrag

Datum SR-Sitzung: 25. März 2019
Direktion: Präsidialdirektion
Ressort: Präsidiales
Verfasser: Roman Schenk
Version: GRB: 2019-924 / 18. Februar 2019

Postulat GLP-Fraktion betreffend bürgerfreundlicher e-Dienstleistungen der Verwaltung der Stadt Burgdorf und Schaffung einer digitalen Identität

I. Bericht

Die GLP-Fraktion reichte am 5. November 2018 ein Postulat ein:

Begründung

Der Gemeinderat wird beauftragt, dem Stadtrat eine Strategie betreffend e-Dienstleistungen und digitaler Identität vorzulegen, mit welcher mindestens zu folgenden Themen Stellung genommen wird:

- 1) Zukünftige Umstellungen oder Einführungen, welche die heute aktuellen e-Dienstleistungen deutlich weiter ausbauen.
- 2) Personelle Massnahmen (z. B. Schulungen oder Neuanstellungen), die zur Erreichung des Ausbaus nötig sind.
- 3) Weitere Massnahmen zur Einführung der digitalen Identität.
- 4) Kontakt und Austausch mit anderen Stellen (Kanton, andere Gemeinden, Experten) als flankierende Massnahmen parallel zur Planung und Umsetzung.

Wortlaut

Die Digitalisierung ist in aller Munde, konfrontiert Staat und öffentliche Verwaltung mit Fragen und wird aller Voraussicht nach in Zukunft in verschiedenen Facetten verstärkt Einzug halten.

So ist zum Beispiel die elektronische Umzugsmeldung in einigen Kantonen schon umgesetzt. Dieses Jahr steht eine schweizweite Implementation auf dem Plan und Ende 2018 soll das entsprechende Portal online geschaltet werden (weitere Informationen: <https://www.egovernment.ch/de/umsetzung/schwerpunktplan/e-umzug-schweiz/>)

Weitergehend – und viel umfassender – geht das Ziel der Schaffung einer digitalen Identität (E-ID). Diese wird nötig, da immer mehr Dienstleistungen und Geschäfte über die virtuelle Welt laufen. Eine vertrauenswürdige und anerkannte E-ID ist deshalb ein zentrales Element der Strategie des Bundesrates für eine digitale Schweiz. Bei der von der öffentlichen Hand getragenen Plattform E-Government Schweiz läuft ein entsprechendes Projekt. Konkret wird der Bund in Zukunft die vertrauenswürdige Identifikation sicherstellen, gibt jedoch keine eigene E-ID heraus. Dies wird durch private Anbieter angeboten (weitere Informationen: <https://www.egovernment.ch/de/umsetzung/schwerpunktplan/elektronische-identitat/>)

Die Stadt Zug hat die E-ID als weltweit erste Stadt für ihre Dienstleistungen und Weiteres (z.B. digitalisiertes Parking-Management) innerhalb eines Pilotprojekts mittels der Ethereum Blockchain umgesetzt und sammelt damit Erfahrungen (weitere Informationen:

http://www.stadtzug.ch/de/bevoelkerung/dienste/digitaleid/?action=showthema&themenbereich_id=1587&thema_id=5295/)

Viele dieser Entwicklungen laufen gemeinde- und kantonsübergreifend ab. Es ist wichtig, dass Burgdorf hier den Anschluss nicht verpasst oder die Tragweite der Entwicklung unterschätzt.

Stellungnahme des Gemeinderats

Formelles

Das Postulat ist ein Antrag, durch den der Gemeinderat beauftragt wird zu prüfen, ob dem Stadtrat eine Vorlage zu unterbreiten oder ein Antrag zu stellen ist oder eine Massnahme zu treffen sei (Art. 29 Abs. 1 Stadtratsreglement). Die Postulantin will den Gemeinderat beauftragen zu prüfen, ob dem Stadtrat eine Strategie betreffend e-Dienstleistungen und digitaler Identität vorzulegen sei. Die Gemeindeordnung listet alle Geschäfte abschliessend auf, die dem Stadtrat vorzulegen sind. Für Strategien ist abschliessend der Gemeinderat zuständig. Mit einem Postulat kann und darf der Gemeinderat deshalb nicht verpflichtet werden, dem Stadtrat eine Strategie betreffend e-Dienstleistungen und digitaler Identität zur Beschlussfassung vorzulegen. Hingegen kann der Gemeinderat mit einem Postulat beauftragt werden zu prüfen, ob eine bestimmte Massnahme zu treffen sei. Ein solcher Prüfauftrag kann auch für Massnahmen verlangt werden, die letztlich im abschliessenden Zuständigkeitsbereich des Gemeinderates liegen. In solchen Fällen entscheidet der Gemeinderat, in welcher Form er den Stadtrat über das Prüfergebnis eines überwiesenen Postulates informiert.

Materielles

Die GLP reichte schon am 19. März 2018 eine Interpellation betreffend bürgerfreundlicher e-Dienstleistungen der Verwaltung der Stadt Burgdorf und Schaffung einer digitalen Identität ein. In der Stadtratssitzung vom 18. Juni 2018 erhielt die GLP vom Gemeinderat zur Antwort, dass die vielen gestellten Fragen vielschichtig und komplex seien und deshalb nicht im Rahmen einer Interpellation beantwortet werden könnten. Der Gemeinderat führte zudem aus, dass er im Rahmen eines Projektes „Burgdorf Digital“ die Chancen und Risiken der Digitalisierung vertieft abklären und Realisierungsmöglichkeiten aufzeigen werde. Er werde den Stadtrat über die Ergebnisse informieren. Die GLP erklärte im Stadtrat, dass sie von dieser kurzen Antwort nicht befriedigt sei und stellte einen weiteren Vorstoss in Aussicht, der nun in Form eines Postulates am 5. November 2018 eingereicht worden ist.

Wie schon in der Interpellationsantwort ausgeführt, hat der Gemeinderat den Handlungsbedarf erkannt und das Projekt Burgdorf Digital gestartet. Die Postulantin stellt zutreffend fest, dass viele Entwicklungen gemeinde- und kantonsübergreifend ablaufen. Der Gemeinderat teilt die Auffassung der Postulantin, dass Burgdorf hier den Anschluss nicht verpassen darf. Gemeinderat und Verwaltung unterschätzen die Tragweite der Entwicklungen keineswegs. Gerade auch weil vieles neu, noch wenig erprobt oder auf übergeordneter Ebene gelöst werden muss, ist trotz des trendigen Themas eine dozierte, überlegte Vorgehensweise angezeigt. Im Anhang zu dieser Antwort wird kurz der gegenwärtige Stand der übergeordneten Arbeiten zu den im Postulat erwähnten Themen aufgezeigt.

Am 10. Dezember 2018 reichte die FDP-Fraktion den Auftrag betreffend digitale Umzugsformalitäten ein (Teilnahme am 5-jährigen Versuch). In der Antwort zeigt der Gemeinderat dem Stadtrat das Vorgehen und den aktuellen Stand von eUmzugCH in Burgdorf auf. Seit dem 1. Juli 2018 kann man bei der Stadt Burgdorf im Rahmen des kantonalen Pilotversuchs „eBau“ Baugesuche elektronisch einreichen. eBau soll ab Juli 2019 im ganzen Kanton eingeführt werden. Am 18. Februar 2019 stimmte der Gemeinderat der Einführung von SEPP zu. SEPP ist ein App-System, mit welchem die Parkgebühren bequem über das Smartphone bezahlt werden können. Diese Beispiele zeigen, dass Verwaltung und

Postulat GLP-Fraktion betreffend bürgerfreundlicher e-Dienstleistungen der Verwaltung der Stadt Burgdorf und Schaffung einer digitalen Identität

Gemeinderat „am Ball“ sind und die Digitalisierung in Burgdorf - auch unabhängig vom Projekt Burgdorf Digital - laufend voranschreitet. Die Befürchtung, Burgdorf könnte den Anschluss verpassen, ist deshalb unbegründet.

Der Gemeinderat ist bereit, im Zusammenhang mit dem Projekt Burgdorf Digital eine Strategie des Gemeinderates betreffend e-Dienstleistungen und digitaler Identität i.S. des Postulates zu prüfen. Er wird den Stadtrat in geeigneter Form über die Ergebnisse dieser Prüfung informieren bzw. dem Stadtrat im Rahmen des Projektes allfällige Anträge zu Beschlüssen zu stellen, für die der Stadtrat zuständig ist. In diesem Sinne beantragt der Gemeinderat dem Stadtrat, das Postulat anzunehmen.

II. Antrag

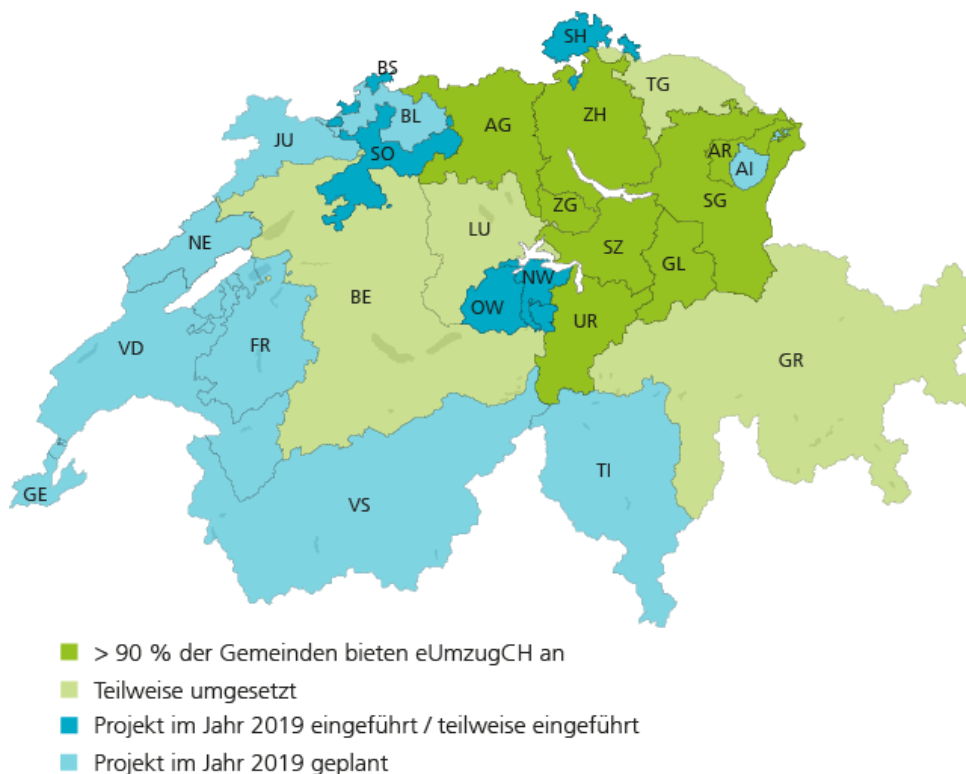
Annahme des Postulats.

DER GEMEINDERAT

Stefan Berger, Stadtpräsident
Roman Schenk, Stadtschreiber

Anhang 1: eUmzugCH Fahrplan

Massnahme / Lieferobjekt	Termin
Erarbeitung und Verbreitung eines Leitfadens für die Einführung von eUmzugCH für Gemeinden und Kantone.	umgesetzt
Erarbeitung geeigneter Kommunikationsgrundlagen, um die Nutzung von eUmzugCH durch die Bevölkerung zu fördern.	umgesetzt
Realisierung der Meldung an Dritte: Erarbeitung einer Studie zur Adressweitergabe.	31.12.2019
eUmzugCH wird als Leistung für die Bevölkerung über das Portal ch.ch zugänglich gemacht.	31.12.2018
Die Koordination und Projektleitung für die laufende Weiterentwicklung sowie der Rollout von eUmzugCH im Auftrag der Trägerschaft werden sichergestellt.	31.12.2019



Anhang 2

E-ID Fahrplan

Massnahmen / Lieferobjekte	Termin
Entwicklung und Weiterentwicklung eines «Demonstrators» und einer Design-Empfehlung (best practices) für staatlich anerkannte E-ID-Systeme als Referenzmodell und insbesondere als Beitrag zu Kommunikation und Marketing.	31.12.2019
Schaffung eines Standardisierungsrahmens für staatlich anerkannte E-ID-Systeme, welcher eine hindernisfreie Interoperabilität sicherstellt und mit den EU-Regelungen kompatibel ist.	31.12.2018
Schaffung eines Rechtsrahmens für staatlich anerkannte elektronische Identifizierungseinheiten (E-ID), die eine bedarfsgerechte Identifizierung und Authentifizierung im Internet und insbesondere an Behördenportalen erlauben. Durch Berücksichtigung von internationalen Vorgaben und Standards sollen diese E-ID später auch in der EU anerkannt werden können.	verschoben (31.12.2020)
Aufbau der Attributschnittstelle beim Staatlichen Identitätsdienst, SID. Der Aufbau erfolgt parallel zu den politischen Beratungen des geplanten E-ID-Gesetzes.	31.12.2019

Der Bundesrat hat ein Bundesgesetz über elektronische Identifizierungsdienste (E-ID-Gesetz) ausgearbeitet. Er will klare Regeln für einen digitalen Identitätsnachweis erlassen, der staatlich anerkannt, überprüfbar und eindeutig ist. Der Gesetzesentwurf wurde von den eidgenössischen Räten noch nicht behandelt.

Die Stadt Zug ermöglicht gemäss eigenen Angaben als erste Stadt der Welt in einer Pilotphase eine Blockchain-basierte digitale Identität.

Postulat GLP-Fraktion betreffend bürgerfreundlicher e-Dienstleistungen der Verwaltung der Stadt Burgdorf und Schaffung einer digitalen Identität

Die digitale Identität der Stadt Zug stellt Sie ins Zentrum:

- *Sie registrieren sich in wenigen Schritten über die «uPort»-App und die Webseite der Stadt Zug.*
- *Allein Sie verwalten die Daten Ihrer Identität sowie jeden Zugriff darauf.*
- *Ihre Daten werden nicht zentral oder im Internet gespeichert, sondern ausschliesslich auf Ihrem Mobiltelefon.*
- *Ohne Ihre Einwilligung bleiben Ihre Daten auf Ihrem Mobiltelefon unter Verschluss.*

Die Einwohnerkontrolle der Stadt Zug überprüft Ihre Angaben und bestätigt Ihre Daten.

Ob dieses Angebot später mit dem neuen Bundesgesetz konform sein wird, muss sich noch weisen.